

# Haushaltsrede 2026

Tim Feister, CDU Fraktion

-Es gilt das gesprochene Wort.-

-Speerfrist bis Vortrag im Rat 13.07.2026-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
liebe Leverkusenerinnen und Leverkusener,

wer heute über diesen Haushalt spricht, spricht nicht zuerst über Tabellen.  
Er spricht über unsere Stadt.

Über Schulen und Straßen. Über Kitas und Feuerwehr. Über Vereine, Sportplätze, soziale Einrichtungen, Unternehmen, Familien und unsere Stadtteile. Und über die Frage, worauf sich die Menschen in Leverkusen auch in schwierigen Zeiten verlassen können.

Und ich will gleich am Anfang klar sagen: Die Lage ist ernst. Sehr ernst.

Wir stehen nicht vor einer kleinen Korrektur. Wir stehen vor einer Aufgabe, die uns über Jahre begleiten wird. Dieser Haushalt ist kein bequemer Haushalt. Er ist kein Wunschzettel. Und er ist auch kein Dokument, mit dem man sich politisch einen „schlanken Fuß“ machen kann.

Wir stehen heute am Anfang einer Treppe.

Jede Stufe, die wir jetzt gehen, muss uns einem Ziel näherbringen: Leverkusen finanziell wieder auf gute Beine zu stellen.

Das wird nicht mit einem Schritt gelingen. Nicht mit einem Beschluss. Nicht mit einer einzelnen Maßnahme. Aber es beginnt heute damit, dass wir ehrlich sagen, was ist, Verantwortung übernehmen und gemeinsam handeln.

Ich werde heute nicht behaupten, dass jede Entscheidung leicht ist. Das wäre nicht ehrlich. Aber ich will erklären, warum wir diese Entscheidungen treffen.

Unser Maßstab als CDU ist klar: Wir wollen solide Finanzen, damit unsere Stadt handlungsfähig bleibt. Wir wollen starke Familien, sichere Stadtteile, eine funktionierende Infrastruktur, eine leistungsfähige Wirtschaft und ein lebendiges Ehrenamt. Und wir wollen, dass Leverkusen auch in schwierigen Zeiten eine Stadt bleibt, in der es sich gut und gerne leben lässt.

Meine Damen und Herren,

die finanzielle Situation unserer Stadt ist angespannt. Wir alle kennen die Ursachen: steigende Pflichtaufgaben, wachsende Sozialausgaben, hohe Investitionsbedarfe und eine kommunale Finanzausstattung durch Bund und Land, die mit den Aufgaben der Städte nicht Schritt hält.

Das muss man deutlich sagen: Einige Probleme, die heute in Leverkusen im Haushalt sichtbar werden, entstehen nicht allein in Leverkusen.

Aber lösen müssen wir sie hier.

Im Rat. Mit der Verwaltung. Mit dem Oberbürgermeister. Und am Ende mit der ganzen Stadtgesellschaft.

Natürlich müssen Bund und Land die Kommunen besser ausstatten. Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch auskömmlich finanzieren. Aber Verantwortung beginnt dort, wo man nicht nur beschreibt, was schwierig ist, sondern entscheidet, was notwendig ist.

Genau darum geht es heute. Verantwortung übernehmen und gemeinsam handeln.

Ein klares Zeichen dafür ist der Haushaltsbegleitbeschluss, den CDU, SPD und FDP gemeinsam eingebracht haben.

Dieser Begleitbeschluss ist mehr als eine Liste einzelner Maßnahmen. Er ist Ausdruck einer Haltung.

Einer Haltung, die sagt: Wir schauen nicht weg. Wir überprüfen Strukturen. Wir bündeln Aufgaben. Wir vermeiden Doppelarbeit. Wir schaffen Transparenz. Und wir treffen Entscheidungen, auch wenn sie unbequem sind.

Das drei politische Kräfte gemeinsam einen solchen Beschluss vorlegen, ist ein starkes Signal. Die Lage ist zu ernst für parteipolitische Schaufensterreden. Die Stadt braucht Klarheit, Verlässlichkeit **und Mehrheiten, die tragen**.

Bei diesem Begleitbeschluss verbindet uns ein Ziel: Leverkusen soll nicht nur verwaltet werden, bis nichts mehr geht. Leverkusen soll wieder gestalten können.

Ein Punkt ist uns als CDU dabei besonders wichtig: der Ausbau des Controllings in unserer Stadtverwaltung.

Das klingt zunächst technisch. Aber in Wahrheit geht es um etwas sehr Politisches: um Steuerungsfähigkeit, Transparenz und Verantwortung.

Denn wer einen Haushalt konsolidieren will, muss wissen, wo er steht. Nicht ungefähr. Sondern regelmäßig, nachvollziehbar und anhand klarer Kennzahlen.

Dazu gehört...

ein gutes Personalcontrolling,

ein starkes Finanzcontrolling,

und dazu gehört ein besseres Projekt- und Maßnahmencontrolling.

Der Oberbürgermeister hat diese Ziele bereits klar benannt. Das greifen wir ausdrücklich auf. Wir wollen diesen Weg gemeinsam mit ihm weitergehen — im Sinne einer handlungsfähigen Stadt und einer Verwaltung, die ihre Aufgaben gut erfüllen kann.

Die Digitalisierung spielt hier eine Entscheidende Rolle. Nicht als Ersatz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern als Unterstützung.

Meine Damen und Herren,

ein weiterer großer Ausgabenblock sind die Transferleistungen und Sozialausgaben.

Auch hier gilt für uns als CDU ein klarer Grundsatz: **Wer Hilfe braucht, bekommt Hilfe!** Ohne Wenn und Aber. Dafür steht unser Sozialstaat. Dafür stehen auch wir.

Das gilt bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit, bei Pflege, in schwierigen Lebenslagen und für Kinder und Familien, die Unterstützung brauchen.

Das ist unsere christdemokratische Verantwortung.

Aber Verantwortung heißt auch: Der Sozialstaat darf nicht naiv sein.

Wer Sozialleistungen missbraucht, wer Schwarzarbeit organisiert oder Steuern hinterzieht, schadet nicht irgendeinem anonymen Staat. Er schadet den Menschen, die diesen Staat tragen.

Er schadet der Krankenschwester im Schichtdienst. Dem Handwerker, der früh aufsteht. Dem Unternehmer, der Arbeitsplätze schafft. Der Familie, die pflichtbewusst ihre Abgaben zahlt und trotzdem jeden Euro im Blick behalten muss.

Deshalb müssen wir die Strukturen zur Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch konsequent weiter stärken. Behörden müssen besser zusammenarbeiten. Hinweise müssen ernst genommen werden. Kontrollen müssen dort stattfinden, wo Missbrauch wahrscheinlich ist. Und wer das System vorsätzlich ausnutzt, muss die Konsequenzen spüren. Hart spüren!

Das ist Politik für diejenigen, die unsere Hilfe wirklich brauchen. Und es ist Politik für die vielen Menschen, die mit ihrer Arbeit und ihren Steuern diesen Sozialstaat überhaupt erst möglich machen.

Solidarität funktioniert nur, wenn Regeln eingehalten werden. Hilfe und Verantwortung gehören zusammen. Und das muss auch Teil einer ehrlichen Haushaltskonsolidierung sein.

Meine Damen und Herren,

natürlich gibt es Punkte in diesem Haushalt, über die niemand jubelt.

Dazu gehören auch die vorgesehenen Anpassungen bei der Grundsteuer und bei der Gewerbesteuer. Ich will da nicht drumherum reden: Steuererhöhungen sind Belastungen. Für Eigentümerinnen und Eigentümer. Für Mieterinnen und Mieter, (soweit Kosten umgelegt werden). Für Betriebe.

Gerade nach der Grundsteuerreform ist es wichtig, hier nicht mit der Brechstange vorzugehen, sondern behutsam und Schritt für Schritt. Mit Augenmaß. Mit klarer Begründung.

Denn ja: Ohne die Einnahmeseite wird dieser Konsolidierungsweg nicht gelingen. Wer behauptet, man könne einen Haushalt in dieser Lage allein durch Kürzungen stabilisieren, der macht es sich zu einfach.

Uns war dabei wichtig, Ausgewogenheit hinzubekommen. Wir können nicht nur auf eine Steuer schauen und die andere vollständig ausklammern. Deshalb gehen wir sowohl bei der Grundsteuer als auch bei der Gewerbesteuer schrittweise vor.

Gleichzeitig wissen wir um die besondere Lage unserer Wirtschaft. Viele Unternehmen stehen unter Druck. Sie brauchen faire Rahmenbedingungen und Entlastungen, wo sie möglich sind. Aber sie brauchen eben auch **Planungssicherheit**. Denn wer investiert, wer Arbeitsplätze schafft, wer Verantwortung für Beschäftigte trägt, der muss wissen, worauf er sich in den nächsten Jahren einstellen kann.

Deshalb ist dieser Beschluss kein harter Schnitt, sondern ein Rahmen, den wir über die kommenden Jahre eng begleiten werden.

Man kann sagen: Wir operieren hier am offenen Herzen der Stadtfinanzen. Da darf man nicht grob werden. Hier muss man genau hinschauen: Welcher Schritt ist notwendig? Welche Belastung ist vertretbar? Und wo müssen wir nachsteuern, wenn der Druck zu groß wird?

Das ist unser Anspruch: nicht kopflos erhöhen, sondern behutsam handeln. Und jede zusätzliche Einnahme mit der klaren Verpflichtung verbinden, auch auf der Ausgabenseite weiter kritisch zu prüfen.

Denn für uns als CDU bleibt zentral: Eine starke Wirtschaft schafft eine starke Stadt. ...mit Arbeitsplätzen, Wohlstand und finanziellen Spielräumen.

Wir brauchen schnelle Verfahren, verlässliche Entscheidungen, weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung und eine funktionierende Infrastruktur.

Meine Damen und Herren,

manche werden sagen: Dieser Haushalt spart zu hart.

Andere werden sagen: Er geht nicht weit genug.

Aber genau deshalb müssen wir heute Verantwortung übernehmen.

Diese Treppe, vor der wir stehen, wird anstrengend. Manche Stufe wird unbequem. Manche wird Kraft kosten. Und sicher werden wir unterwegs genau prüfen müssen, ob wir nachsteuern müssen.

Aber diese Treppe führt nach oben, wenn wir sie gemeinsam gehen.

Für unsere Stadt.

Für die Menschen, die hier leben.

Und für die Generationen, die nach uns kommen.